

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



KLIMA. GERECHTIGKEIT. SPD.

Alle reden vom Klima. Aber nicht alle haben begriffen: Der Klimawandel ist nicht nur ökologisch die Überlebensfrage für Generationen, sondern auch ethisch, ökonomisch und sozial. Also eine, die sozialdemokratische Antworten verlangt.

Wenn die sich erneuernde SPD ihren Markenkern ‚soziale Gerechtigkeit‘ wieder schärfen will, muss sie ihn auf die Höhe der Zeit bringen. Wir müssen begreifen: Die Verhinderung einer Klimakatastrophe verlangt ein radikales politisches Umsteuern, international, national, lokal.

Das wird sehr viel kosten – und die Streitfrage wird sein: Wer soll das bezahlen? Es geht also einmal mehr um Solidarität. Das muss unser Thema sein. Darum müssen wir Sozialdemokraten uns kümmern. Darüber müssen wir miteinander reden und mit den anderen streiten. Jetzt.

Eure

N. Kohnen

Natascha Kohnen, MdL
Generalsekretärin der BayernSPD

IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS
Verantwortlich: Rainer Glaab
Redaktion: Holger Reise
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II. 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

DAS AUFBRUCHSSIGNAL WIRKT AUCH NACH BAYERN

Bundesparteitag in Dresden wählte Florian Pronold, OB Ulrich Maly und Julian Nida-Rümelin in die SPD-Spitze.

Auf dem Bundesparteitag in Dresden hat die SPD die Weichen für einen neuen Aufbruch gestellt. Die 62-köpfige Delegation der BayernSPD beteiligte sich an einen lebendigen Parteitag, der inhaltliche Korrekturen beschloss und die Partei auf einem intensiven Dialog mit Mitgliedschaft und Bevölkerung einschwor. Besonders erfreulich: Beschlossen wurde auch die von der BayernSPD seit langem erhobene Forderung nach Wiedereinführung der Vermögensteuer. Unumstrittene Höhepunkte des Parteitags waren die Reden von Sigmar Gabriel und Erhard Eppler. Der neue Parteivorsitzende forderte die Partei in seiner Bewerbungsrede auf, sich nicht einer vermeintlichen Mitte nachzulaufen, sondern – wie Willy Brandt – um die Deutungshoheit in der Gesellschaft zu kämpfen: „Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben. Die SPD hat sie erobert, und das müssen wir wieder machen.“

Bei den Wahlen zum Parteivorstand setzten sich die bayerischen Kandidaten Florian Pronold, Dr. Ulrich Maly und Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin bereits im ersten Wahlgang mit guten Ergebnissen durch. Der Landesvorsitzende Florian Pronold wurde auf der ersten Sitzung des Parteivorstands nach dem Parteitag



zudem ins Präsidium gewählt. Damit ist die BayernSPD im obersten Führungsgremium der Partei auf Bundesebene wieder gut vertreten.

Als ein zentrales Projekt der neuen Parteiführung hat Sigmar Gabriel die stärkere Einbeziehung der Kommunalpolitik beschrieben. Diesen Anspruch vertreten auch der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly und Julian Nida-Rümelin, der selbst bis zum Jahr 2000 Kulturreferent der Stadt München war. Als Mitglied der Grundwertekommission will sich Nida-Rümelin zudem auch weiterhin um die Schärfung des programmatischen Profils kümmern. ■

Starke Repräsentation.
Die drei bayerischen Vertreter im Bundesvorstand der SPD (von links): Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Florian Pronold und Dr. Ulrich Maly.

GUT ANGEKOMMEN IN BAYERN

Machten Mut und ein gutes Bild bei ihrer Vorstellung vor den Genossen im überfüllten Saal des Münchner Hofbräukellers: Sigmar Gabriel und Andrea Nahles, moderiert von BayernSPD-Chef Florian Pronold.

Bereits vorher hatten sich Sigmar Gabriel und Andrea Nahles den bayerischen Bundesparteitagsdelegierten in Nürnberg gestellt.



TERMINE 2010

13. bis 15. Januar: Klausurtagung der Landtagsfraktion in Irsee
17. Februar: Politischer Aschermittwoch in Vilshofen mit Sigmar Gabriel
23. bis 25. April: Erneuerungsprozess der BayernSPD: Klausurtagung des Landesvorstandes
28. April bis 20. Mai: Erneuerungsprozess der BayernSPD: Bundeswahlkreis-konferenzen
17. Juli: 61. Außerordentlicher Landesparteitag in Landshut

3 FRAGEN AN



**CHRISTOPH FREY, 33,
DGB-VORSITZENDER REGION MÜNCHEN**

Lieber Christoph, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl. Welche Aufgaben kommen Deiner Meinung nach in den nächsten Jahren auf die DGB-Gewerkschaften zu?

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise werden wir dafür werben und kämpfen, dass die Politik wieder das Primat über die Wirtschaft gewinnt. Damit positionieren wir uns klar gegen Bestrebungen weiterer Privatisierung und Deregulierung. Die Umverteilung von unten nach oben muss ein Ende haben; sonst werden immer mehr Menschen leben, um zu arbeiten, ohne davon leben zu können. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, brauchen wir zum Beispiel Mindestlöhne sowie eine sozial gerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungs- und Steuersysteme.

Wie gestaltet man am Besten den Generationenwechsel in den Betrieben, bei den Betriebsräten und in den Gewerkschaften?

Indem man junge Menschen für gewerkschaftliches Engagement begeistert. Das gelingt in den DGB-Gewerkschaften! Betriebs- und Personalräte sowie Funktionärsträger in unseren Gewerkschaften werden demokratisch gewählt. Die Besetzung von allen Positionen entscheidet sich also nach der Kompetenz der Bewerberinnen und Bewerber, nicht nur nach ihrem Alter. Die meisten Gremien bestehen deshalb aus einer guten Mischung zwischen erfahrenen älteren und verantwortungsvollen jüngeren Kolleginnen und Kollegen.

Welche Erwartungen hast Du an die schwarzgelbe Bundesregierung, und wie siehst Du das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften?

Der treffende Begriff für die neue Koalition ist konservativ-marktradikal! Wir stellen uns auf eine harte politische Konfrontation ein: Wir müssen den drohenden sozialpolitischen Flächenbrand verhindern! Die SPD sollte den Willen und den Mut haben, politische Reformen im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu entwickeln. Zeigt die SPD klare Kante gegenüber den Marktradikalen, haben wir eine gute Grundlage für fruchtbare Gespräche zwischen SPD und Gewerkschaften.

UNI-PROTESTE – AUCH IN BAYERN

SPD unterstützt Forderungen der Studierenden.



Die Studenten machen ihren Unmut bildlich deutlich.



Beim Bildungsstreik: Maria Deingruber mischt sich ein.

Die Studentenproteste in Bayern erreichten im November eine neue Qualität. Am 17. November kamen zum bundesweiten Bildungsstreik bayernweit fast 15000 Studenten und Schüler zusammen, um gegen die Ökonomisierung von Bildung, gegen Studiengebühren und die Bachelor- und Masterreform, aber auch für die Abschaffung des dreigliedrigen Bildungssystems und des ungeliebten G8 zu demonstrieren.

An der Ludwig-Maximilians-Universität, der größten Hochschule in Bayern, haben die Studierenden den Audimax besetzt. Sie erhielten breite Unterstützung für ihre Forderungen. Die Landtagsabgeordneten Isabell Zacharias und Natascha Kohlen sprachen mit den Besetzern und sicherten ihnen die Solidarität der BayernSPD zu. Die Jusos Bayern, Oberbayern und München spendeten spontan Essen für die sogenannte „Volksküche“ und Material für Plakate und Transparente.

Von Anfang an bei der Besetzung in München dabei war auch Maria Dein-

gruber. Obwohl sie eigentlich für ihre Abschlussprüfungen lernen müsste, ist die 24-jährige Politikstudentin derzeit Tag und Nacht an der Uni anzutreffen, organisiert, mischt sich ein oder leitet das Plenum. „Bildungspolitisch aktiv bin ich schon länger; diesmal habe ich das erste Mal das Gefühl, dass wir genug öffentlichen Druck erzeugt haben, damit die Regierungsparteien uns zuhören müssen.“ ■



Der besetzte Audimax an Bayerns größter Uni.

FAMILIENFÖRDERUNG: BESSER OHNE BETREUUNGSGELD!

Ab 2013 sollen Eltern, die ihre Kinder in den eigenen vier Wänden erziehen, monatlich 150 Euro erhalten. Das ist der Plan, den die CSU bereits seit zwei Jahren verfolgt und der jetzt im schwarzgelben Koalitionsvertrag steht. Der Hintergedanke dieser „Herdprämie“ ist simpel: die CSU will den Trend zur Kita bremsen und die eigene Klientel beruhigen, welche Kindertagesstätten als „sozialistische Spinnereien“ abtut. Und: Frauen sollen gefälligst zu Hause bei den Kindern bleiben.

Egal ob Bargeld oder Gutscheine – das Modell ist grundsätzlich falsch. Erstens,

weil das Geld dringend für den Ausbau von Kinderkrippen und für die Entlohnung der Erzieherinnen und Erzieher benötigt wird. Zweitens, weil es Anreize für sozial benachteiligte Schichten bietet, ihre Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken, sondern zu Hause zu behalten. Gerade für diese Kinder wäre es aber besonders wichtig, keine Bildungschancen zu verlieren.

Eine solche Prämie ist sozial ungerecht. Eltern, bei denen ein Elternteil zu Hause bleiben kann, haben die 150 Euro nicht nötig. Die anderen sind auf Kinderbetreuung angewiesen. ■

Mitdiskutieren:
<http://bayernspd.de/politik/diskussion/>

KLIENTELPOLITIK: PKW-MAUT UND MIETRECHTSREFORM

„Die Pkw-Maut wird - und zwar ohne zusätzliche Belastung der Autofahrer in Deutschland - über kurz oder lang kommen“, erklärt Seehofer in der PNP. Die Wahrheit: Die CSU will die Pkw-Maut. Die Lüge: Es gibt keine zusätzlichen Belastungen.

Die Auto-Maut ist sozial ungerecht und ökologisch falsch. Sie belastet Pendler, unabhängig vom Verbrauch und von der Größe des Autos. Die CSU will bei Autofahrern abkassieren und Spediteure und große Unternehmen über eine reduzierte Mineralölsteuer entlasten.



2001 hat die SPD die Rechte der Mieter gestärkt: Ihre Kündigungsfrist liegt einheitlich bei drei Monaten, für Vermieter gelten bei langjährigen Mietern jedoch längere Fristen. Die FDP macht jetzt Klientelpolitik für die Hauseigentümer: Unabhängig von der Mietdauer sollen Vermieter innerhalb von drei Monaten kündigen können.

Doch unterschiedliche Fristen sind gerecht: Beim Arbeitsplatzwechsel muss ein Mieter oft schnell ausziehen. Aber ein langjähriger Mieter braucht mehr Zeit, eine neue Wohnung zu finden. ■

SCHWARZGELB IN BERLIN: SCHLECHT FÜR BAYERN.

Markus Rinderspacher: „Die SPD steht nicht zur Verfügung für ein Streichkonzert im Sozial- und Bildungshaushalt Bayerns.“

Schwarzgelb verteilt in Berlin Geschenke an die Lobby, vom Steuerberater bis zum Apotheker. In Bayern verscherbelt Schwarzgelb das Tafelsilber. Die Steuergeschenke für finanzstarke Unternehmer und Besserverdienende werden von den Schwachen und den Armen, auch hier in Bayern, bezahlt.“

Harsche Kritik übt Markus Rinderspacher bei seinen Debüt als Oppositionsführer an Schwarzgelb im Bund und in Bayern. In seiner Antwort auf die Regierungserklärung Seehofers über die Folgen des Berliner Koalitionsvertrags für Bayern nimmt er Seehofer direkt in Haftung: „Den Koalitionsvertrag hat Seehofer als CSU-Vorsitzender unterschrieben. Als Ministerpräsident des Freistaates Bayern hätte er das nie tun dürfen.“

Warum? „Der Vorwurf lautet: Politik wider die Interessen der Bürgerinnen und Bürger seines Landes.“ Dabei sind die ohnehin stark strapaziert. Schon die 10 Milliarden Euro Schulden, die bisher auf Grund der mangelnden Aufsicht von

»
Wenn es darum geht, Menschen in Notlagen zu helfen, hat die schwarzgelbe Koalition keine Antworten.«



CSU-Politikern im Verwaltungsrat der Landesbank aufzunehmen waren, bedeuten über 800 Euro neue Verbindlichkeiten auf einen Schlag für jeden Bayern, vom Kleinkind bis hin zum Senior. „Das ist zugleich das Ende vom Märchen des ausgeglichenen Haushalts.“

Trotzdem schneidet Schwarzgelb mit Steuergeschenken weitere Löcher in die ohnehin schon dünne Finanzdecke des Freistaates und seiner Gemeinden: „Von den jetzt geplanten Steuersenkungen gehen keine Impulse für mehr Wachstum aus.“ Aber die Menschen in Bayern werden die Folgen sinkender Steuereinnahmen in allen öffentlichen Bereichen zu spüren bekommen: „Die Sanierung von Toiletten, Werkräumen und Turnhallen an bayerischen Schulen wird auf sich warten lassen. Mehr Polizisten auf Bayerns Straßen für mehr Sicherheit bleiben ein Wunschtraum. Die versprochene 40-Stunden-Woche für Beamte – woher soll das Geld kommen? Woher kommt das Geld für eine bessere Ausstattung der Hochschulen?“

Im Koalitionsvertrag findet sich kein einziger Absatz zur wirksamen Armutsbekämpfung. Kein Wort dazu, wie die Kinderarmut in Deutschland und in Bayern wirksam bekämpft werden soll. Bei uns landet das Geld, das für Familien und Kinder ausgegeben wird, nicht bei den Bedürftigen. Obwohl die Deutschen drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Familienförderung ausgeben, leben hier mehr Kinder in Armut als in den meisten anderen OECD-Staaten.

Es steht zu befürchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich gerade in Bayern weiter auseinandergehen wird. Und der angekündigte eiserne Sparkurs lässt massive Einschnitte erwarten.

Markus Rinderspacher: „Die SPD steht nicht für ein Streichkonzert im Sozialhaushalt und im Bildungshaushalt zur Verfügung. Wir sind hier im Maximilianeum das Sprachrohr derer, die auf ihre Probleme und Notlagen nicht immer selbst aufmerksam machen können.“ ■

Mehr im Mundfunk unter F-12-2009

WILHELM DRÖSCHER-PREISE NACH OBERNBURG UND PFERSEE

Gleich zweimal war Bayern auf dem Dresdener Parteitag unter den Preisträgern der Wilhelm-Dröschler-Stiftung vertreten: Obernburg (Unterfranken) mit seinem Sozialcafé „Fifty“ und Augsburg-Pfersee mit seiner Ausstellung „Bewegte Zeiten“ über 140 Jahre Geschichte.

Förderpreis fürs Sozialcafé »fifty« in Obernburg

Stadträtin Ruth Weitz, Hans Tuchscherer und Peter Klein vom Verein Café-Sozial, Träger des Cafés „fifty“, waren zum Bundesparteitag nach Dresden gereist, um das Obernburger Sozialcafé bei der Ausstellung zum Wilhelm-Dröschler-Preis zu präsentieren. Nun haben sie den mit 1.000 Euro dotierten Förderpreis mit nach Hause gebracht und sind überglücklich und mächtig stolz.

Die SPD Obernburg fördert und unterstützt das Café. In angenehmer Atmosphäre werden Getränke und Speisen zum Preis von 50 Cent angeboten, was sich auch Menschen mit geringem Einkommen leisten können. Daneben gibt es kostenlose Sozialberatung, Hilfe bei Bewerbungen und beim Ausfüllen von Formularen sowie das Angebot, kostenlos im Internet zu recherchieren, Tageszeitungen zu lesen oder ein nettes Ge-



Von links: Kuratoriumsvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul, Professor Michael Dröschler, Peter Klein vom Verein Café-Sozial, Ruth Weitz vom SPD-Ortsverein Obernburg, Hans Tuchscherer, Leiter des Cafés fifty in Obernburg, und Peter Wilhelm Dröschler.

(FOTO: CYNTHIA RÜHMEKORF)

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher und Schwaben-Vorsitzender Harald Gülller gratulieren den Genossen aus Augsburg-Pfersee zu ihrem Engagement.



DAS BAYERNVORWÄRTS-KALEIDOSKOP



WILLY BRANDT WACHT JETZT ÜBER »SEINEN« PLATZ

Willy sitzt lieber – und sein Blick ist gewohnt grüblerisch: Neuerdings wacht eine Bronze-Statue von Willy Brandt über den nach ihm benannten Platz an der Nürnberger Marienstraße.

Bei einer Feierstunde würdigte der ehemalige SPD-Vorsitzende und Brandt-Weggefährte Hans-Jochen Vogel die großen Verdienste Willy Brandts für die Sozialdemokratie und für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Die Bronzefigur des Nürnberger Künstlers Josef Tabachnyk zeigt den SPD-Jahrhundertpolitiker Willy Brandt als lebensgroße, sitzende Figur.

Mit Willy Brandt im Bild (von links): Der Ehrenvorsitzende der Nürnberger SPD Willy Pröbß, Hans-Jochen Vogel, die stellvertretenden Vorsitzenden Angelika Weikert und Thorsten Brehm sowie Vorsitzender Christian Vogel.

Die SPD-Kreisvorsitzende Christine Rodarius, Dr. Thomas Beyer und Helga Schmitt-Bussinger bei der Einweihungsfeier für die neue Regionalgeschäftsstelle in Roth.

NEUE RÄUME FÜR DIE SPD ROTH

Die SPD-Regionalgeschäftsstelle Roth ist umgezogen. Zur Eröffnung wurde ein „Tag der Partei“ veranstaltet. Gemäß den Vorgaben des neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel „wollen wir den Kontakt zum Bürger intensivieren“, betont Geschäftsstellenleiterin Christine Appelt. Die neuen Räumlichkeiten in der Hilpoltsteiner Straße 24a haben drei große Schaufenster und präsentieren sich modern und aufgeschlossen. Das freut die Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger und Dr. Thomas Beyer, denn nach dem Gang in die Opposition im Bund sei jetzt „genau der richtige Zeitpunkt, Flagge zu zeigen“.



sprach zu führen. Es ist ein Treffpunkt für alle Bürger und nicht nur für Arbeitslose und sozial schwache Menschen.

Infos: www.spd-obernburg.de.

Bewegte Zeiten – 140 Jahre SPD Pfersee

Eine weitere Beteiligung Bayerns beim diesjährigen Wilhelm-Dröschler-Preis: Aus Anlass der Gründung einer Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zwischen 1865 und 1869 startete der Ortsverein Pfersee (Augsburg) eine Veranstaltungsreihe, um auf 14 Jahrzehnte zurückzublicken und den Ortsverein als traditionsreiche und moderne Vertretung der Menschen im Stadtteil darzustellen. Verschiedene Veranstaltungen zu den Themen wurden durchgeführt: „140 Jahre Pfersee“, „90 Jahre Frauenwahlrecht“, „Börsencrash 1929 – Finanzkrise 2009“, „Pfersee 2020 – wohin soll's gehen?“

Infos: www.wilhelm-droeschler-preis.de, www.spd-pfersee.de

In zwei Jahren wird die nächste Ausschreibung des „Wilhelm-Dröschler-Preises“ zum Bundesparteitag 2011 erfolgen. Die BayernSPD freut sich, wenn wieder zahlreiche Ortsvereine teilnehmen würden. ■

ZAHL DES MONATS:

800 EURO

neue Verbindlichkeiten für jeden Bürger Bayerns auf einen Schlag dank Landesbankschulden.

FUTTER FÜR DEN MUND FUNK IM DEZEMBER 2009/JANUAR 2010

B-05-2009: Solidarität im Bildungstreik
F-12-2009: Folgen des Berliner Koalitionsvertrags für Bayern
F-13-2009: Leitlinien zum Bayerischen Nachtragshaushalt 2010
K-02-2009: Finanzausgleich kommunalfreundlich gestalten

Und so geht's:

Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.

Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de

Per E-Mail: info@bayernspd.de (Datei oder Ausdruck? Absender!)

Per Fax: 089 - 23 17 11 38

(Absender-Faxnummer!)

Telefonisch: 089 - 23 17 11 0

Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München